

SOUVERÄN BEDINGUNGSLOS

Sascha Liebermann

Klimawandel und Demokratie

Der Klimawandel und die ihn auszeichnenden naturgesetzlichen Vorgänge gehorchen nicht demokratischen Beschlussverfahren, sie lassen sich nicht durch Mehrheiten abschaffen – dieses Diktum wurde in den Gesprächen im Rahmen der *Potsdamer Begegnungen* – wörtlich oder sinngemäß – wiederholt zitiert. Die Geltung von Naturgesetzen und die Gestaltungsmöglichkeiten einer Demokratie können demnach nicht auf eine Stufe gestellt werden, es wäre aberwitzig, sie miteinander zu vergleichen. Während wir uns Naturgesetze bloß zunutze machen können und unser Leben ihnen gemäß einrichten müssen, verkörpert die Demokratie in mancher Hinsicht das Gegenprinzip: Veränderung durch willentliche Gestaltung mittels öffentlicher Meinungsbildung. Heißt das aber, angesichts gegebener Herausforderungen durch den Klimawandel, sie seien nicht aufeinander angewiesen?

Das Diktum soll auf die Unentrinnbarkeit aufmerksam machen, mit der die Naturgesetze gelten, es soll daran gemahnen, dass ein Aufschieben von Antworten auf die Herausforderungen des Klimawandels in all seinen Aspekten nicht folgenlos bleibe, das Ausmaß der Nutzung nicht regenerativer Rohstoffe und steigender CO₂-Emissionen zu einer Bedrohung der Menschheit werden könne, wenigstens aber die Lebensverhältnisse aller davon berührt seien bis in politische Ordnungen hinein. Sie, die stets Ausdruck von Gerechtigkeitsvorstellungen der Bürger eines Gemeinwesens sind, werden unter den Folgen des Klimawandels leiden, mit einem Wohlstandsverlust müsse gerechnet werden. Manches Szenario wird in der Diskussion entworfen, um auf mögliche Folgen hinzuweisen. So hilfreich die pointierte Beschreibung von Problemlagen ist, so sehr lässt indes aufhorchen, wenn in der Diskussion darüber, wie denn nun notwendige Entscheidungen herbeigeführt werden können, der Weg demokratischer Willensbildung und Gefolgschaftssuche beinahe als Bürde oder Hindernis betrachtet wird. Die Tugend bürgerlicher Toleranz, so Peter Unfried sinngemäß, habe am Klimawandel seine Grenze gefunden. Demokratie als verhindernde Last?

National oder global?

Soll also der mühsame Weg der Gefolgschaftssuche für Entscheidungen, den die Demokratie vorsieht, aufgegeben oder umgangen werden, weil Gefahr droht? Offen wird darüber nicht gesprochen, keiner der Teilnehmer der

Potsdamer Begegnungen hat dafür plädiert. Auch öffentlich vernimmt man solche Forderungen nicht. Darin, wie Deutungen von Problemlagen mit Lösungsvorschlägen verbunden werden, gibt sich dennoch eines zu erkennen: die Tendenz, demokratische Entscheidungswege, die nicht immer einen langen Atem benötigen und durchaus schnell beschritten werden können, unter Umständen doch verlassen zu wollen. Nicht weniger bedenklich als eine solche technokratische Haltung ist der wiederkehrende Ruf nach globalen Lösungen. Auf der einen Seite, der, wohin Lösungen zielen müssen, wenn es um grenzüberschreitende Phänomene geht, ist unbestritten, dass globale Abkommen unerlässlich sind. Auch deshalb wird der Ruf nach einer global governance lauter, die nationalstaatliche Borniertheiten überwinde; transnationale Demokratie könne nationalstaatliche Borniertheiten der Vergangenheit überantworten. Jürgen Habermas hatte einst eine Weltinnenpolitik vor Augen, sie zielte in die gleiche Richtung. Zweifelsohne bedarf eine auch international folgenreiche Lösung drängender Probleme ebenso international verbindlicher Antworten. Auf der anderen Seite haben uns die letzten Jahrzehnte eines gelehrt. All die Gipfel, Konferenzen und Beschlüsse – nicht nur in Fragen der Klimapolitik – haben aufgezeigt, wie schwierig es ist, einen internationalen Konsens zu finden, und, selbst wenn ein solcher Konsens gefunden ist, er nicht ohne Weiteres nationalstaatliche Souveränität aushebeln darf. Schon den Vereinten Nationen, mittlerweile eine erfahrene Einrichtung, fällt es überaus schwer, mit einer Stimme zu sprechen, ihre Geschichte ist eine Geschichte der Uneinigkeiten. Wo Einigkeiten auf transnationaler Ebene erreicht wurden, zum Beispiel in der Europäischen Union, leiden sie unter mangelnder politischer Willensbildung und Legitimierung. Lebendige Demokratie ist gerade hier nicht zu spüren. Darin kann man, wie es heute heißt *Optimierungsbedarf* erkennen, man kann sich aber ebenso fragen, ob diese Erfahrungen nicht vielmehr zeigen, wie lang der Weg zu einer lebendigen, in der Lebensführung der Menschen auch verankerten demokratischen Kultur ist, und welche Folgen die vorschnelle Aufgabe nationalstaatlicher Souveränität mit sich bringen kann: Nicht zum Besseren führt sie, sondern in Technokratie, nicht in Stärkung der Demokratie, sondern in Entmündigung, wenn auch durch den demokratischen Souverän und seine Repräsentanten befördert. Berechtigt sind also Zweifel an einer absehbaren auch dann nicht nur umsetzbaren, sondern auch umgesetzten Einigung in Fragen von Ressourcennutzung und CO₂-Emissionen durch internationale Abkommen. Abgesehen von den Schwierigkeiten, ein solches Abkommen zu erreichen, steht die eigentliche Aufgabe dann erst bevor. Denn folgenreich wird es erst, wenn nationale Gemeinschaften dafür

gewonnen werden, aus einem Abkommen auch Wirklichkeit werden zu lassen. Ein Elend, mit dem wir leben müssen?

Gefolgschaft

Kein Elend, sondern der Preis für demokratische Entscheidungsfindung, die nicht über die Köpfe der Bürger hinweg erfolgen darf, wenn sie für sie sprechen soll. Der Souverän ist nicht nur die Legitimationsquelle solcher Entscheidungen, er muss sie auch verantworten und für ihre Folgen einstehen, sie zum Maßstab seines Handelns machen und zwar im Alltag. Demokratische Legitimierung ist also nicht nur Voraussetzung dafür, dass solche Entscheidungen zustande kommen können, sie ist auch der Grund, weshalb die Bürger ihnen zu folgen bereit sein werden. Dazu müssen sie wissen, worum es geht, was auf dem Spiel steht, welche Wege beschritten werden könnten mit welchen vermuteten Folgen. In den letzten zehn Jahren konnten wir in Deutschland eindrücklich beobachten, was geschieht, wenn solche Auseinandersetzungen öffentlich nicht geführt werden, weil Intellektuelle und Wissenschaftler sich zu sehr als Fürsprecher parteipolitischer Positionen sehen. Doch durch die Vermischung von Analyse und praktischer Einmischung wird öffentliche Auseinandersetzung behindert, eine Auseinandersetzung, die der Logik des besseren Arguments zu folgen hat und gerade dadurch transparent macht, worum es gehen kann. In ihr sprechen die Bürger zueinander, jeder Bürger ist Experte. Sie zu behindern oder gar zu umgehen, führt zu einer Politik, die nicht mehr nach Alternativen sucht und sich stets mit Sachzwängen rechtfertigt. Basta-Politik kennt dann nur die eine Alternative und sie soll alternativlos sein, wie uns versichert wird.

Expertisen aus Politikberatung und wissenschaftliche Studien, so hilfreich und notwendig sie sein mögen, erhalten zu viel Gewicht. Sie können Analyse und Diagnose liefern, nicht aber darüber befinden, ob das, was getan werden kann, auch getan werden soll. Wo sie darauf eine Antwort geben wollen, analysieren und diagnostizieren sie nicht mehr, vielmehr versuchen sie, Politik zu machen. Wir kennen dies aus Diskussionsrunden, in denen Diskutanten sich zur Untermauerung ihrer Position oder gar als Ersatz für fehlende Argumente auf Studien und Ergebnisse berufen. Es wird nicht mehr begründet, weshalb etwas für richtig gehalten wird, stattdessen wird auf Autoritäten verwiesen.

Furcht vor dem Volk – Dirigismus statt Freiheit

Die Furcht vor dem Volk und der Gestaltung versteckt sich hinter Experten und Autoritäten, wo doch in politischen Belangen die einzige Autorität die

Bürger als Souverän sind. Diese Furcht zeigte sich jüngst in Deutschland an Reaktionen auf das Minarettverbot in der Schweiz oder die Ablehnung der verlängerten Primarschulzeit in einem Bürgerbegehren in Hamburg. In beiden Fällen sorgten die Entscheidungen für Kritik. Entweder, wie im Fall des Minarettverbots, war von Manipulation die Rede – dabei waren die Plakate, mit denen für das Verbot geworben wurde, als Meinungsäußerungen nicht zu übersehen. Im anderen Fall, in Hamburg, wurde beklagt, wie viel besser bürgerliche Milieus es verstünden, Gleichgesinnte zu mobilisieren, das spreche eben auch gegen Volksbegehren. Dabei war das Volksbegehren öffentlich sichtbares Thema in Hamburg. Wer wollte, konnte sich leicht informieren. Will man den Bürgern diese Verantwortung etwa abnehmen?

Solche Debatten offenbaren, wie es um das Selbstbild des Souveräns und seiner Repräsentanten bestellt ist. Besonders drastischen Ausdruck hat diese Haltung in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik erhalten, ebenso in der Bildungspolitik. Der unter der rot-grünen Bundesregierung initiierte Umbau des Sozialstaats offenbarte, wie groß das Misstrauen in die Bürger ist, ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten zu wollen. Was rhetorisch auf die Stärkung von „Eigenverantwortung“ zielte, war tatsächlich eine stärkere Bevormundung, in der vergleichbar dem Radikalenerlass in den 1970er Jahren nun das Gewissen und die Arbeitsbereitschaft der Erwerbslosen zum Maßstab von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik gemacht wurde – von der FDP bis zur Linken ist man sich darin einig. Härtere Sanktionen, mehr Druck, besser irgendeinen Arbeitsplatz annehmen als keinen. Dabei werden Einsichten übergangen wie die, dass Leistung im Beruf entscheidend davon abhängt, ob jemand ihn gerne ausübt, ob er darin einen Sinn erkennt. Das Grundgesetz bringt diese Einsicht zum Ausdruck, indem es die freie Berufswahl schützt (Artikel 12 GG, Absatz 1).

Freiheit statt Dirigismus

Für den Wohlstand eines Gemeinwesens ist die Leistungserbringung maßgeblich, sowohl in erwerbsförmigen als auch in anderen Tätigkeiten. Nicht der Arbeitsplatz entscheidet, sondern das, was dabei herauskommt. Und wo Maschinen eine Leistung besser erbringen können, wäre es unvernünftig, sie durch Menschen erledigen zu lassen. Da zukünftig, sofern es politisch gefördert wird, weiterhin menschliche Arbeitskraft durch Automaten ersetzt werden wird, werden nur solche Tätigkeiten durch menschliche Arbeitskraft erledigt werden müssen, die auf ein leistungsbereites Individuum setzen können. Verantwortung kann der Einzelne aber nur dort übernehmen, wo er sie auch übernehmen will. Statt einer bevormundenden oder aktivierenden

Sozial- und Arbeitsmarktpolitik muss dazu mehr denn je auf Selbstbestimmung gesetzt werden. Auf diese Entwicklung müsste auch die Bildungspolitik antworten, indem sie ein Bildungswesen schafft, das umso mehr die Entfaltung des Individuums an einer gemeinsamen Sache des Unterrichts fördert. Statt rigide strukturierter Bachelor- und Masterstudiengänge müsste Studenten mehr Verantwortung gegeben und auch abverlangt werden. Sie müssten sich ihren Weg suchen können, statt ihn vorgegeben zu erhalten, denn nur so können sie herausfinden, ob das von ihnen gewählte Studium oder gar ein Studium überhaupt ihren Interessen entspricht. Erst dann kann das Studium auch das befördern, was für ein Gemeinwesen unerlässlich ist: die Entstehung von Neuem durch neugierige Studenten und eine herausfordernde, die Neugierde bestärkende Forschung und Lehre.

Wo wir auch hinschauen, selbst dort, wo über eine Ökonomisierung gesprochen wird, haben wir es vielmehr mit einer Entmündigung durch Standardisierung und rigide Planung zu tun. Kehren wir angesichts dessen den Blick um und schauen, wie es anders sein könnte. Dazu bedürfte es einer Politik, die Ermöglichung statt Hinführung zu bestimmten Zielen zu ihrer Maxime macht. Weitreichend wären Veränderungen, die dort ansetzen, wo unser heutiges Wertgefüge sein Zentrum hat: an der normativen Bedeutung von Erwerbsarbeit. Folgenreich ist sie wegen der ihr innewohnenden Gerechtigkeitsvorstellungen; sie vermitteln ein bestimmtes Verständnis davon, wie Individuum und Gemeinwesen zueinander stehen. Allerdings handelt es sich hierbei um eine Deutung, die im Widerspruch zum Fundament der Demokratie steht. Für sie ist nicht Erwerbsarbeit zentral, es sind die Bürger als Souverän. Eine naheliegende Abkehr von der normativen Überhöhung von Erwerbsarbeit ergibt sich also auf einfache Weise mit einem Blick darauf, was für ein demokratisches Gemeinwesen unerlässlich ist: die bedingungslose Anerkennung seiner Bürger.

Bedingungsloses Grundeinkommen – Konsequenz aus der Gegenwart

Ohne eine Gemeinschaft von Bürgern, die erst ein Gemeinwesen bildet, könnte es nicht bestehen. Dieses Fortbestehen ist an die Loyalität der Bürger gebunden, eine freiwillige Bindung an das Gemeinwesen, die, soll sie erzwungen werden, sich ins Gegenteil verkehrt. Der Zusammenbruch der DDR ist hierfür ein eindrucksvolles Beispiel. Genau diese Grundlage politischer Vergemeinschaftung in der Demokratie kommt darin zum Ausdruck, dass die Bürgerrechte bedingungslos gewährt und auch nur in Extremfällen eingeschränkt oder entzogen werden. Bürger, die sich nicht engagieren, die die gemeinschaftliche Ordnung nur tolerieren, aber nicht tragen und damit

zu ihrer Erhaltung beitragen, werden nicht sanktioniert. Ein Gemeinwesen kann nicht anders, als in die Bereitschaft der Bürger, sich gestaltend einzubringen, zu vertrauen. Folgt man dieser Bestimmung davon, was die Grundlagen demokratischer Gemeinwesen ausmacht, lässt sich leicht entwerfen, welchen Maximen eine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik folgen müsste, wie also auch die Sicherung eines Mindesteinkommens aussehen müsste, damit die Stellung der Bürger gestärkt wird. Hieran setzt der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens an. Es soll jedem Staatsbürger und davon abgeleitet jeder Person mit dauerhafter Aufenthaltsbewilligung von der Wiege bis zur Bahre, also auf Lebenszeit, gewährt werden. Es soll so hoch sein, dass eine alleinstehende Person davon leben könnte, ohne erwerbstätig zu sein. Kinder wie Erwachsene erhielten es in gleicher Höhe, so wäre eine vernünftige Familienpolitik möglich, die den Eltern die Entscheidung überlässt, ob sie ihre Zeit mit den Kindern oder im Beruf verbringen wollen.

Vom Status des Staatsbürgers für die Begründung des Grundeinkommens auszugehen, ist deswegen unerlässlich, weil es die Staatsbürger sind, die die politische Ordnung tragen. Die Bürger haben aus diesem Grund alle aktiven und passiven Rechte im Gemeinwesen. Wer nicht Staatsbürger ist und sich nur dauerhaft in einem Land aufhält, muss zwar die politische Ordnung achten, aber nicht tragen. Er hat keine Verpflichtung, sich für ihre Erhaltung und Umgestaltung einzusetzen. Wer aber dauerhaft im Land lebt, hat seinen Lebensmittelpunkt schon dorthin verlagert und sollte deswegen nicht oder nur unwesentlich schlechter gestellt werden. Damit würde auch signalisiert, dass eine Einbürgerung wünschenswert ist, das Gemeinwesen also jeden begrüßt, der Staatsbürger werden will.

Ein solches Grundeinkommen würde die Bürger um ihrer selbst willen anerkennen, weil sie das Fundament des Gemeinwesens sind. Das würde nicht nur die Demokratie stärken, es würde auch zugleich Solidarität zum Ausdruck bringen und Vertrauen bezeugen. Es würde Leistung fördern, da sie an vielen Orten in vielen Bereichen zum Ausdruck kommen könnte, ohne an Erwerbstätigkeit gebunden zu sein. Vielfalt im Verständnis von Leistung würde herrschen, die heute verbreitete Einfalt würde der Vergangenheit angehören. Endlich erhielten elterliche Fürsorge für die Kinder und ehrenamtliches Engagement die Anerkennung, die ihnen gebührt, statt nur in Sonntagsreden gefeiert zu werden. Wer weiß schon besser als die Bürger selbst, was sie mit ihrem Leben anfangen und wie sie zum Gemeinwohl beitragen wollen?

Es lässt sich vor dem Hintergrund deutscher Verhältnisse leicht ausmalen, welche Folgen ein solches Grundeinkommen haben würde. Bis zu der Höhe,

in der es gewährt würde, könnten alle bestehenden Sozialtransfers einschließlich der Arbeitslosenversicherung abgeschafft werden. Es bräuchte auch die entsprechende Sozialverwaltung nicht mehr. Damit bräche in der Folge die gesamte Weiterbildungsindustrie zusammen, die nur deswegen heute existieren kann, weil es verpflichtende Weiterbildungsmaßnahmen für Bezieher von Arbeitslosengeld gibt. Wie fragwürdig deren Qualität ist, wissen wir. Überraschen kann das niemanden, denn was soll schon dabei herauskommen, wenn man sich weiterbilden *muss*, ohne es zu wollen? Würde es dann zukünftig keine Weiterbildungsmöglichkeiten mehr geben? Wo sie nachgefragt würden, könnten sie angeboten werden – ganz gleich ob öffentlich oder privat organisiert. Zahlreiche weitere sozialstaatliche Leistungen könnten wegfallen: Rente, Bafög, Sozialhilfe, Wohngeld usw. – sofern die Leistungen nicht höher waren als das vorgesehene Grundeinkommen.

Wer erwerbstätig wäre, hätte eine bessere Verhandlungsbasis als heute. Er könnte über Einkommen und Arbeitsbedingungen verhandeln, ohne unter Druck zu sein, diese Arbeitsstelle des Einkommens wegen zu benötigen. Zugleich könnte er sich auf einen niedrigeren Lohn als heute einlassen, da er das Grundeinkommen stets schon mitbrächte. Selbst mit niedrigerem Lohn müsste das Einkommen nicht sinken, denn das Grundeinkommen wäre immer schon da. Letztlich aber bleibt alles den Verhandlungen zwischen Unternehmen und potentiellen Mitarbeitern überlassen. Unternehmen sähen sich Mitarbeitern gegenüber, die aus Interesse arbeiten wollten, die es aber des Einkommens wegen nicht müssten. Wirklich motivierte Mitarbeiter zu finden, wäre ebenso einfach wie Unternehmen, die an ihren Mitarbeitern interessiert wären.

Bedingungsloses Grundeinkommen, Klimawandel und Lebensführung

Wie aber hängen Grundeinkommen und Klimawandel zusammen, was unser Ausgangspunkt war? Die Antwort fällt nun leicht. Dass die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens an den Grundfesten unserer heutigen Wohlstandsvorstellungen rüttelt, gibt den Blick auf Alternativen frei. Die Fixierung auf Wirtschaftswachstum gegenwärtig resultiert wesentlich aus der Vorstellung, nur so sei es möglich, Erwerbslosigkeit zu reduzieren, indem mehr Arbeitsplätze entstehen. Wir folgen damit einer Vorstellung von Wirtschaften, die nicht Werterzeugung ins Zentrum stellt, sondern Beschäftigung. Tatsächlich bedeutet diese Haltung Wertverhinderung oder gar -zerstörung, da wir Erwerbsarbeit um beinahe jeden Preis für wichtiger halten als die Freiheit zur Entfaltung der jeweils eigenen Fähigkeiten und Neigungen. Indem das bedingungslose Grundeinkommen mit der alten Vorstellung von

Leistung bricht und gemäß der bedingungslosen Geltung der Bürgerrechte den Bürger ins Zentrum stellt, verlieren auch alle Vorstellungen ihre Grundlage, die Wachstum fetischisieren. Mit der Fokussierung darauf, dass ein Gemeinwesen nur fortbestehen kann, wenn es die Stellung der Bürger stärkt, liegt auf der Hand, was unterlassen werden muss: alles das, was den Bürger nicht stärkt und die Zukunft des Gemeinwesens gefährdet. Dazu gehört auch, den Herausforderungen des Klimawandels angemessen zu begegnen, denn die eigene Zukunft ist immer auch die Zukunft anderer und hat an ihr eine unverrückbare Grenze.

Gegenwärtig herrscht der Ton vor, nur internationale Abkommen führen weiter. Wir verlieren dabei aus dem Blick, wie folgenreich Veränderungen in einem Land sein können. Entschlüsse sich zum Beispiel Deutschland zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, wer glaubt, dass dies in Europa ohne Widerhall bliebe? Doch von selbst geschieht das nicht, dazu ist Engagement vonnöten, eine öffentliche Auseinandersetzung darum, wie wir leben wollen. Nur so ist Wandel in einer Demokratie möglich, der nicht über die Bürger hinweg erfolgt.